

XXII. GP.-NR

550 /J

2003 -06- 1 8

ANFRAGE

der Abgeordneten H A G E N H O F E R

und GenossInnen

an den Bundesminister für Finanzen

**betreffend Auswirkungen von Basel II auf die österreichische Wirtschaft,
insbesondere auf Klein- und Mittelunternehmen (KMU)**

Unter dem Namen „Basel II“ wird im Jahre 2006 eine Neuregelung der Eigenmittelbestimmungen für Kreditinstitute in Kraft treten. Durch diese Bestimmungen werden die Voraussetzungen für KreditnehmerInnen erheblich verschärft, u.a durch rigide Bonitätsprüfungen. Damit wollen die Zentralbanken das Risiko im Kreditgeschäft reduzieren. Die Auswirkungen auf jene Klein- und Mittelbetriebe, die nur über geringes oder kein Eigenkapital verfügen und auf Kredite angewiesen sind, werden weitreichend und folgenschwer sein. Für die kleinstrukturierte österreichische Wirtschaft stellen diese Bestimmungen also ein bedrohliches Szenario dar. Wie aus Medienberichten zu entnehmen ist, sind aber die wenigsten UnternehmerInnen über die bevorstehenden Änderungen bei der Kreditvergabe informiert. Eine fundierte vorbereitende Informationskampagne bzw. ein Aktionsplan für die österreichischen Unternehmen, vor allem die KMU, wäre dringend notwendig, um sich auf die Verschärfungen bei der Kreditvergabe zumindest vorbereiten zu können – das fordert sogar der ÖVP-Abgeordnete zum EU-Parlament Paul Rübig. Dessen Parteikollege Günter Stummvoll hat gemeinsam mit dem FPÖ-Abgeordneten Böhacker am 12. Dezember 2001 die österreichische Bundesregierung mit einem Entschließungsantrag aufgefordert, in den relevanten Komitees, Arbeitsgruppen und sonstigen Foren der Europäischen Union, die mit dem Thema "Basel II" befasst sind, Positionen zu vertreten, die "im Interesse einer gesamteuropäischen Wirtschaftsstruktur, insbesondere der klein- und mittelständischen Unternehmen ("KMU"), gelegen sind und die auch die unterschiedlichen Bankenstrukturen berücksichtigen." Da also selbst Vertreter der Regierungsparteien alarmiert sind, besteht offensichtlich dringender Handlungsbedarf.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher an den Bundesminister für Finanzen folgende

Anfrage:

1. Welche Auswirkungen werden die „Basel II“-Bestimmungen auf die österreichische Wirtschaft und insbesondere KMU haben, wenn sie in der derzeit geplanten Form in Kraft treten?

2. Sind Sie dem oben erwähnten Entschließungsantrag nachgekommen?
3. Wenn ja: Mit welchen Maßnahmen?
4. Wenn nein: Warum nicht?
5. Gibt es einen Aktionsplan, um negative Auswirkungen von „Basel II“ auf die österreichische Wirtschaft, insbesondere die KMU, zu verhindern?
6. Wenn ja: Woraus besteht dieser Plan?
7. Die Gespräche zu „Basel II“ laufen bereits seit 1999 – wie wurden die österreichischen UnternehmerInnen und insbesondere die KMU bisher darüber informiert?
8. Werden Sie die österreichischen UnternehmerInnen und insbesondere die KMU auf die 2006 bevorstehenden neuen Regelungen vorbereiten?
9. Wenn ja: Mit welchen Mitteln?